

Energie: Milliardenteures Abenteuer mit „Grünem Wasserstoff“ *

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 7. Dezember 2023

=====

*Dagmar Jestrzemski**

Deutschland und die EU wollen Unsummen in die Produktion von „grünem Wasserstoff“ nach Afrika transferieren – trotz politischer Instabilität.

=====

Am 20. November trafen sich in Berlin 13 afrikanische Staatschefs mit europäischen Politikern und führenden Wirtschaftsvertretern zur fünften Wirtschaftskonferenz „Compact With Africa“. In diesem Jahr stand die angestrebte Kooperation von europäischen und afrikanischen Partnern beim Ausbau der sogenannten nachhaltigen Energien im Fokus, wobei die Notwendigkeit von privaten Investitionen in Europas Nachbarkontinent besonders hervorgehoben wurde.

Der 2017 von Deutschland initiierten Konferenz haben sich unter anderem Marokko, Tunesien, Senegal und Ägypten angeschlossen. Angola, Sambia, Nigeria und Kenia nahmen als Gäste teil. Ungeachtet der hohen Risiken und Kosten bekannten sich alle Teilnehmer in seltener Einmütigkeit zum gemeinsamen Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft auf dem Weg in eine „klimaneutrale Zukunft“.

Bundeskanzler Scholz sagte Milliarden-Investitionen Deutschlands zu. Deutschland werde „grünen Wasserstoff in großen Mengen“ aus afrikanischen Ländern abnehmen. Damit böten sich für diese Länder große Chancen. Deutschland benötigt Afrika als Partner zur Erfüllung der von der Bundesregierung abgesteckten ehrgeizigen Klimaziele. Bei der zukünftigen Energieversorgung soll der über See importierte grüne Wasserstoff als tragende Säule fungieren. „Klimafreundlicher Wasserstoff“ werde die Klimabilanz von Industrie und Verkehr erheblich verbessern, verkündet die Nationale Wasserstoffstrategie 2020, und wörtlich: „Deutschland wird zur Wasserstoff-Wirtschaft.“

Ökologisch äußerst fragwürdig

Nach Angaben aus Robert Habecks Wirtschaftsministerium soll ungefähr ein Drittel des benötigten Wasserstoffs in Deutschland erzeugt und 50 bis 70 Prozent des Bedarfs durch Importe aus dem Ausland gedeckt werden. Das

klingt nach einer „Win-win“-Situation. Doch im Vergleich mit grauem Wasserstoff aus Erdgas ist grüner Wasserstoff etwa dreimal teurer und könnte nur durch Differenzverträge oder ein Erneuerbares-Energien-Gesetz für Wasserstoff finanziert werden.

„Essentiell sind wettbewerbsfähige und verlässliche nationale Rahmenbedingungen sowie makroökonomische Stabilität“ stellte Scholz fest. Damit sprach er die mit den teuren afrikanischen Wasserstoffprojekten verbundenen Risiken im Bereich Rechtssicherheit und politischer Stabilität an. Diese sind allerdings enorm. Seit 2020 gab es in Afrika neun Militärputsche, in Mali und Burkina Faso sogar je zwei. Ungeachtet des ungewissen Ausgangs der angestoßenen Wasserstoffprojekte spricht man gleichwohl öffentlich nur über die Chancen der Energietransformation für neue Jobs und eine sicherere, bezahlbare Stromerzeugung in Afrika.

Selbst in vielen Ländern Afrikas mit gewählten Staatschefs gibt es nach wie vor superreiche Familienclans und Vetternwirtschaft. Und auch diesen Ländern sei das „antidemokratische Arsenal“ ausgebaut worden, wie die „Zeit“ im August 2022 berichtete. Genannt werden Internetblockaden, fadenscheinige Gerichtsprozesse gegen Oppositionelle, Polizeigewalt „und Schlimmeres“. Der globalen Windbranche kommen diese Strukturen zupass. Windparks mit 600 und mehr Windrädern, um Strom für den „grünen“ Wasserstoff bereitzustellen, haben katastrophale ökologische Schäden zur Folge und können nicht ohne Menschenrechtsverletzungen entstehen. In Europa sind sie nicht durchsetzbar.

Von Unruhen erschüttert

Kenia, eines der wirtschaftlich stärksten und modernsten Länder Afrikas, liegt laut einem Bericht der „taz“ auf der Liste der von Korruption betroffenen Länder Afrikas im Mittelfeld. Lange wurde Kenia von korrupten Familienoligarchien beherrscht. Nach einer Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung handelt es sich um ein Symptom des ethnischen Klientelismus. Gut ein Jahr nach der Wahl von Präsident William Ruto im August 2022 wird das Land weiterhin von massiven Unruhen erschüttert. Steigende Preise, Arbeitslosigkeit und Enttäuschung über Ruto, der sich selbst als „Hustler“ bezeichnete (eine Mischung aus Überlebenskünstler und Schlitzohr), treiben vor allem junge Leute auf die Straße.

Da Präsident Ruto einen Fahrplan zur „klimaneutralen Herstellung“ von grünem Wasserstoff für sein Land angekündigt hat, wurde Kenia auf dem dreitägigen Klimagipfel in Nairobi vom 4. bis 6. September von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für seinen Ehrgeiz auf dem „Weg zur Klimaneutralität“ gelobt.

Wie jüngst in Berlin lag der Fokus in Nairobi auf einer Strategie zur sogenannten klimaneutralen Herstellung von Wasserstoff auf dem afrikanischen Kontinent. Noch ist die globale Finanzierung dieser „Klimaschutzprojekte“ ungeklärt. Von der Leyen kündigte an, die

kenianische „grüne“ Wasserstoffstrategie im Rahmen des 300 Milliarden Euro schweren Investitionsplans „Global Gateway“ der EU für „wertebasierte, hochwertige und transparente Infrastrukturpartnerschaften“ mit fast zwölf Millionen Euro zu fördern.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 1. Dezember 2023, S.7 ; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin *Dagmar Jestrzemski* für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

=====

Windkraft : Ein ökologisches und wirtschaftliches Desaster*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 7. Dezember 2023

Dagmar Jestrzemski*

Bei den angeblich klimaschonenden Riesenanlagen häufen sich schwere Havarien mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Natur – Doch in der Öffentlichkeit wird darüber weitgehend geschwiegen

=====

In der Nacht vom 14. zum 15. Oktober stürzte ein 80 Meter langer Flügel von einem Windradrotor im Windpark Alfstedt-Ebersdorf im Kreis Rotenburg/Wümme (Niedersachsen) ab. Daraufhin ließ der Landkreis alle acht Windkraftanlagen (WKA) des in Bremen ansässigen Betreibers Energiekontor stilllegen. Die Anlagen von 250 Metern Gesamthöhe waren erst im Mai und Juni 2022 in Betrieb genommen worden.

Bereits im September vergangenen Jahres war in dem Windpark ein Rotorflügel eines anderen Windrads abgeknickt und kurz danach abgebrochen. Aus der Bruchstelle stürzten und rieselten monatelang

scharfkantige Trümmerteile und feine Fasern aus 160 Metern Höhe auf die umliegenden Wiesen und Äcker, verteilt über einen Radius von mehr als 1800 Metern um den Windradmast. Erst Ende Februar kam das Unternehmen Energiekontor der Aufforderung des Landkreises nach, die Bruchstücke abzutransportieren und das Areal zu säubern. Bisher erhielten die 50 geschädigten Landwirte keine Ausgleichszahlungen dafür, dass sie ihre Äcker und Wiesen zurzeit nicht oder nur eingeschränkt bewirtschaften können.

Der Landkreis hatte es versäumt, ein Bodengutachten erstellen zu lassen, um die Kontaminierung der Böden durch feine, sogenannte fiese Fasern von Nanopartikelgröße infolge der Havarie festzustellen. Hersteller der Rotorblätter ist General Electric Wind Energy (GE Wind) im niedersächsischen Salzbergen, ein Tochterunternehmen des US-Konzerns General Electric. Erneut knickte am 26. Oktober ein Rotorflügel von dem Windrad ab, das Mitte Oktober bereits einen Flügel verloren hatte. Damit scheint es, dass die bisher strittige Verursacherfrage zeitnah geklärt werden kann.

Weder die Politik noch die Unternehmen der Windbranche haben offenbar Interesse daran, dass Daten und Informationen zu Havarien von Windrädern veröffentlicht werden. Die Schadensfälle sollen wohl nicht in die Schlagzeilen kommen. Nach einer privaten Zählung sind für das Jahr 2022 insgesamt 56 Havarien von WKA dokumentiert, nach 35 im Jahr zuvor, und damit so viele wie noch nie: abgestürzte Rotorblätter, stundenlang brennende Maschinenhäuser in unerreichbarer Höhe und als Novum auch eingestürzte Türme.

Mehr Totgeburten bei Rentieren

Die steil angestiegene Zahl geht vielfach auf Vorkommnisse bei den neuen Anlagentypen zurück, die nochmals um 50 Meter und damit auf eine Gesamthöhe von 250 Metern hochgeschossen sind: Die Nabenhöhe der Türme beträgt 160 bis 175 Meter, der Rotordurchmesser 160 bis 180 Meter. Zum Vergleich: 188 Meter beträgt der maximale Durchmesser des Kolosseums in Rom. Und die Landkreise machen mit. Warum nicht die Windräder noch höher bauen, um mehr „Windausbeute“ (beliebte Wortwahl der sogenannten Windmüller) und damit höhere Einnahmen zu erzielen?

In China, den USA und neuerdings auch in Europa sind in entlegenen Regionen wie Norwegisch und Schwedisch Lappland ausgedehnte Windparks angelegt worden, in denen immer mehr 300 Meter hohe Windanlagen hinzugebaut werden. Von den Wolkenkratzer-Windmühlen erwartet die Branche einen Sprung der Leistung, da sie den stärkeren und gleichmäßigeren Höhenwind abgreifen. Noch ein Vergleich: Der Eiffelturm ist 328 Meter hoch, der Kölner Dom 157 Meter. Dementsprechend intensiv sind die von den gigantischen Industrieanlagen erzeugten Bodenvibrationen, flackernden Schatten, getakteten Geräusche und der gesundheitsschädliche Infraschall.

Von der Verwüstung großer Regionen in der skandinavischen Tundra ist „nur“ das indigene Volk der Sami mit seinen Rentierherden betroffen. Doch die Sami in Norwegen fordern mit ihren Unterstützern den Rückbau aller 151 WKA des Windparks, weil die gigantischen Windräder ihre Tiere verängstigten. Die Zahl der Fehl- und Totgeburten bei den Rentieren soll stark gestiegen sein. Mit ihrer Forderung könnten die Sami Erfolg haben – dann trüte der Fall ein, dass dem indigenen Volk Skandinaviens mehr Rechte zugestanden werden als den übrigen Bürgern der EU.

Die zuletzt sprunghafte Größenentwicklung der Windkraftanlagen erinnert an die Parabel vom Turmbau zu Babel. Nur handelt es sich in der Gegenwart nicht um ein einzelnes Bauwerk, sondern um ein ganzes Heer von rohstoffverschlingenden Industrie-Ungetümen in unseren Landschaften und immer häufiger auch in schützenswerten Wäldern – aufgestellt vorgeblich zur Erreichung einer fiktionalen Klimaneutralität, in Wirklichkeit aber, weil das finanzmarktrelevante, grün-kapitalistische Geschäft mit den tatsächlich nicht-regenerativen Naturenergien auch politisch relevant ist und daher kritiklos im internationalen Wettbewerb gestützt wird.

Rotoren länger als eine Boeing 747

Seit 2019 baut GE Rotorblätter von 107 Metern Länge, länger als ein Fußballfeld und 1,4-mal so lang wie eine Boeing 747. LM Windpower mit Sitz in Kolding (Dänemark) produziert seit 2019 100 Meter lange Rotorflügel im französischen Cherbourg. Entwickler in Sachsen wollen demnächst zwei 380 Meter hohe Windkraftwerke bauen. Um das Gewicht der Flügel zu minimieren, verwenden die Hersteller fast nur noch die teureren, carbonfaserverstärkten Kunststoffe (CFK). Außer dem tropischen Balsaholz von 50 Bäumen ist in den Konstruktionen unter anderem die PFAS-Chemikalie Bisphenol A verarbeitet. CFK-Materialien erreichen im Brandfall Temperaturen von mehr als 650 Grad und zerfallen zur kritischen Größe von Nanopartikeln, die in die Lunge eindringen können, wie Sebastian Eibl vom Wehrwissenschaftlichen Institut in Erding ausführte.

Brände kann man nicht löschen

In der Allgäuer Gemeinde Fuchstal wurden von September bis Anfang Oktober für drei WKA im Gemeindewald Leeder alle neun Rotorflügel des Herstellers LM Windpower bereits beschädigt angeliefert. Die Nabenhöhe der Windräder beträgt 166 Meter, die Länge der Flügel 80 Meter. Für die Lagerung und den Transport zu den Türmen waren breite Schneisen in den Wald geschlagen worden. LM Windpower wurde 2016 von GE übernommen, blieb aber operativ eigenständig.

Für die Regulierung der Kostenübernahme muss festgestellt werden, ob die Risse in den stark gebogenen Rotorblättern auf dem langen Transportweg von Dänemark über Swinemünde nach Fuchstal entstanden sind oder aufgrund eines Konstruktionsfehlers. Wie es heißt, soll sich die Inbetriebnahme der Windräder durch den Schaden nur um drei Monate verzögern. Die

Investitionskosten für den Gemeinde- und Bürgerwindpark belaufen sich auf 22 Millionen Euro.

Im Dezember 2022 brannte bei Losheim im Saarland ein XXL-Windrad des Herstellers Vestas mit Flügeln aus CFK-Kunststoff komplett ab. Die Repower-Anlage war erst 2021 errichtet worden. In der Höhe konnte die Feuerwehr den Brand nicht löschen und ließ daher das Feuer kontrolliert abbrennen. Löscharbeiten an Windrädern sind nicht möglich. Die Feuerwehr musste sich auf die weiträumige Absperrung des Standorts und die Bekämpfung von Folgebränden durch herabstürzende Trümmer beschränken, die im Umkreis von mehreren hundert Metern herumflogen.

Im Fernsehen des Saarländischen Rundfunks äußerte sich dazu am 16. Januar Petra Weißhaupt, Mitarbeiterin des Umweltbundesamtes (UBA): Sie sehe keine Gefahr durch gefährliche Fasern. Man wisse nicht, in welchen Umfang „fiese Fasern“ bei derartigen Bränden freigesetzt würden. Da stellt sich die Frage: Warum hat das UBA noch keine einschlägigen Gutachten in Auftrag gegeben? Die Bürger sind ahnungslos hinsichtlich der Gefahrenlage bei brennenden WKA mit der Auswirkung einer großräumigen Verunreinigung von Wäldern und Böden durch Fasern und Nanopartikel. Sie verlassen sich auf das Handeln der Regierung.

Ferner sind Informationen über die erhebliche Kontaminierung der Umwelt mit Schadstoffen infolge der Sprengung von WKA dringend vonnöten. In der Hohen Mark bei Lippramsdorf (Haltern, Ostwestfalen) brach am 29. September 2021 der Turm eines Windrads von 249 Meter Gesamthöhe am Tag vor der Inbetriebnahme zusammen. Das Maschinenhaus stürzte mitsamt den technischen Anlagen und Rotorblättern ab. Das Windrad des Herstellers Nordex konnte nicht zurückgebaut werden und wurde daher im April 2022 gesprengt.

Ein selbstzerstörerischer Prozess

Dafür musste ein 3000 Quadratmeter großes Waldstück gerodet werden. Bundesweit ließ Nordex alle 21 WKA desselben Typs abbauen oder sprengen. Mit der großräumigen Umweltverschmutzung durch Brände, Abbrüche von Rotorflügeln und Sprengungen von WKA weiß hierzulande niemand umzugehen. Stattdessen wird versucht, das Problem noch eine Zeit lang auszusitzen. Die zahlreichen jüngsten Misserfolge und hohen finanziellen Verluste der Erbauer von Windkraftanlagen nicht zuletzt durch schiere Gigantomanie eröffnen keinen Spielraum, um zu weniger gefährlichen und weniger umweltschädlichen Materialien zurückzukehren.

Die Gier der Geschäftemacher mit den Naturenergien mündet in einen selbstzerstörerischen Prozess, wenn die Spielräume des Machbaren mit den physikalisch-technischen Grenzen kollidieren. „Ruiniert der Technologiewettlauf die Windrad-Branche?“ lautete die Überschrift eines Artikels im „Handelsblatt“ vom 25. Juli. Die technische Entwicklung der Windkraft sei rasant, aber sie habe ihren Preis. Die Industrie sei gut beraten zu prüfen, ob das „Immer höher, Immer schneller, Immer weiter“

sinnvoll sei. Fachkräftemangel und steigende Rohstoffpreise setzten die Unternehmen zusätzlich unter Druck.

„Branche macht horrende Verluste“

Nach dem Milliarden-Debakel bei Siemens Gamesa würden viele Beteiligte eine „Pause des Wettrennens“ befürworten. In einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ erklärte Siemens-Energy-Aufsichtsratschef Jo Kaeser: „Bei Wind ist die Situation sehr ernst. Die ganze Branche macht horrende Verluste.“

Bemerkenswert: Der Schlamassel ist trotz jahrzehntelanger Staatshilfen und Milliarden an Fördermitteln aus dem Steuerhaushalt eingetreten. Ferner hat die Bundesregierung das Lieferkettengesetz „bei Wind“ faktisch ausgesetzt. Wendete man es an, stünde endlich auch der totgeschwiegene Öko-Kolonialismus zugunsten der Energiewende-Profiteure am Pranger: die rücksichtslose Ausbeutung von Menschen und Ökosystemen unter Zuhilfenahme von korrupten Strukturen in Dritt Weltländern. Die Schlagwörter „Klimaschutz“ und „Nachhaltigkeit“ der tatsächlich nicht-regenerativen Windenergie wären im Nu Makulatur.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 10. November 2023, S.12; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzemski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

=====

Schweiz: Hochalpine Energie-Gipfel*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 7. Dezember 2023

=====

Dagmar Jestrzemski

[Bürger stoppen Solarpark im Wallis –](#)

[Schweizer Regierung setzt dennoch auf Sonnenstrom an](#)

Bergfelsen

Im Schweizer Kanton Wallis fand am 10. September eine Abstimmung über den Bau eines riesigen alpinen Solarkraftwerks statt. Das Projekt „Grengiols Solar“ im Oberwallis in einer Höhenlage über 2000 Meter gilt als Vorzeigeprojekt für mindestens zwölf weitere Mega-Solaranlagen auf den Alpengipfeln vom Wallis bis zum Oberengadin, die bereits in der Planung sind. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von fast 54 Prozent lehnte die Einwohnerschaft ein Dekret der Kantonsregierung ab, mit dem ein beschleunigtes Bewilligungsverfahren für den Bau der Anlage genehmigt werden sollte. Damit ist das Vorhaben nicht gescheitert, jedoch ergab die Abstimmung erstmalig ein Stimmungsbild in der Bevölkerung mit Blick auf den sogenannten Solar-Express. Unter diesem Motto wird in der Schweiz der Aufbau von Solarkraftwerken in den Alpen vorangetrieben.

Angesichts der Warnungen vor einer drohenden Energieknappheit im Winter hatte das Parlament vor einem Jahr ein dringliches Bundesgesetz verabschiedet, wonach alpine Solaranlagen mit einer jährlichen Mindestleistung von zehn Gigawattstunden (GWh) und damit Strom für 3000 Haushalte grundsätzlich erlaubt sind. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist erforderlich. Hintergrund ist der erhöhte Stromverbrauch durch immer mehr Wärmepumpen und die Elektromobilität. Hinzu kommt, dass die vier verbliebenen Kernkraftwerke zwar bis zum Ende ihrer Betriebsdauer bestehen bleiben, danach jedoch nicht ersetzt werden.

Das Aus für die Alpwirtschaft

Von der Stromerzeugung auf den Bergrücken wird ein besonders hoher Ertrag vor allem im Winter erwartet. Für die Vorhabenträger ist Eile geboten, da die von der Regierung ausgelobten Subventionen in Milliardenhöhe nur ausgeschüttet werden, wenn eine Anlage bis Ende 2025 die ersten Kilowattstunden in das Netz einspeist.

Folglich brach im Land eine Goldgräberstimmung aus. Dutzende Projekte für weitere gigantische alpine Solarkraftwerke vom Kanton Wallis bis zum Oberengadin sind in der Planung. Jedoch formiert sich in der Bevölkerung ein breiter Widerstand, der sich zunächst auf das Projekt „Grengiols Solar“ konzentriert. Betroffen von dem Solarprojekt ist die Alp Furggen im Walliser Saflischtal. Die weitgehend unberührte Alp ist Teil eines regionalen Naturparks. In den Sommermonaten steht dort das Vieh einiger Bauern aus der Gemeinde Grengiols. Mit dem Solarkraftwerk käme das Aus für die Alpwirtschaft.

Das Vorpreschen der Regierung und ihrer Projektpartner, darunter zwei Energieversorger, wurde unterdessen durch naturgegebene Hindernisse ausgebremst. Im März wurde bekannt, dass die Südflanke der kaum erschlossenen Alp Furggen zu steil ist. Es könnte infolge der Bauwerke

zu Erdrutschen und Erosion infolge von Starkregen kommen.

War das Projekt Grengiols anfangs als „größtes Solarkraftwerk Europas“ propagiert worden, so schrumpfte es zuletzt auf ein Sechstel der ursprünglich vorgesehenen Ausdehnung über fünf Quadratkilometer. „Nur“ 160.000 Solarpaneele auf einem Areal vergleichbar der Größe von 120 Fußballfeldern sollen im Fels verankert werden. Aufgrund der Höhenlage verbleiben gleichwohl unvorhersehbare Risiken durch hohe Schneemengen, Kälte, Wind und heftige Gewitter.

Im Rahmen ihrer „Energiestrategie 2050“ verfolgt die eidgenössische Regierung das Ziel der „Klimaneutralität“ bis 2050. Dafür hatten sich die Bürger bei einer Volksabstimmung im Juni 2022 ausgesprochen. Im Zuge des angestrebten Ausbaus der Elektrifizierung des gesamten Energiesystems und damit verbundener dezentralisierter und unregelmäßiger Stromproduktion verlassen sich der Nationalrat und die Kantonsregierungen auf die BKW-Gruppe und die von ihr vorgeschlagenen Lösungen.

Auswirkung auf Umwelt und Klima

Die Bernischen Kraftwerke (BKW) sind ein privatwirtschaftliches Energie- und Infrastrukturunternehmen und größter Verteilnetzbetreiber der Schweiz. Der international tätige Konzern ist durch seine Tochtergesellschaft BKW Engineering mit über 20 eigenverantwortlichen Engineering-Unternehmen auch in Deutschland, Frankreich, Italien und Norwegen vertreten. Im „Windgeschäft“ besitzt oder betreibt die BKW-Gruppe in diesen Ländern sowie in der Schweiz mit Netzwerkfirmen und Partnern über 30 Windparks. In Deutschland hat BKW langfristige Abnahmeverträge für Solarstrom abgeschlossen. Insofern ist zu erwarten, dass die Schweiz auch nach der Abstimmung im Kanton Wallis zunächst ihre Ausbaupläne für Solar-Industrieparks in den Alpen weiter vorantreiben wird.

Gleichwohl hat die Abstimmung gezeigt, dass die Bürger des Landes derartige Pläne mehrheitlich nicht gutheißen. Abgelehnt wird nicht nur die krasse Veränderung der Berglandschaft, sondern man verweist auf fehlende Studien über die Auswirkungen von riesigen Photovoltaikanlagen auf Höhen über 2000 Metern auf die Umwelt und das Klima. Schon Monate vor der Abstimmung hatte sich im Hinblick auf den „Solar-Express“ ein Riss durch die gesamte Parteienlandschaft der Schweiz aufgetan. Die Diskussionen um die geplanten alpinen Solarkraftwerke werden nicht abreißen.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 20. Oktober 2023, S.6; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzemski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text: EIKE-Redaktion.*

=====

Arktis-Eis verweigert sich der Schmelz-Propaganda

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 7. Dezember 2023

=====

Klaus-Eckart Puls

Arktis-Eis verweigert sich der Schmelz-Propaganda*

=====

Wir erinnern uns (?) :

Im **Dezember 2007** verbreiteten Klima-Institute und Medien weltweit Schlagzeilen „der besonderen Art“ :

(1) DIE WELT [1] :

„Ein Team internationaler Klimaforscher und Wissenschaftler der NASA behaupten, daß der arktische Sommer **bereits 2013 eisfrei** sein wird.“

(2) NATIONAL GEOGRAPHIC [2] :

„Arctic Sea **Ice gone** in Sommer **within five years**,“.

(3) SPIEGEL ONLINE [3] :

„Neueste Schätzungen eines NASA-Klimaforschers geben dem Eis des Arktischen Ozeans gerade **noch eine Hand voll Jahre**“

(4) BBC-NEWS [4] :

„Arctic Summers **ice-free by 2013**,“.

u.s.w. ... u.s.f. ...

DANN war eine Weile „Pause“, denn das Arktis-Eis machte einfach **nicht, was es sollte**.

ABER – 2020 ging es wieder los :

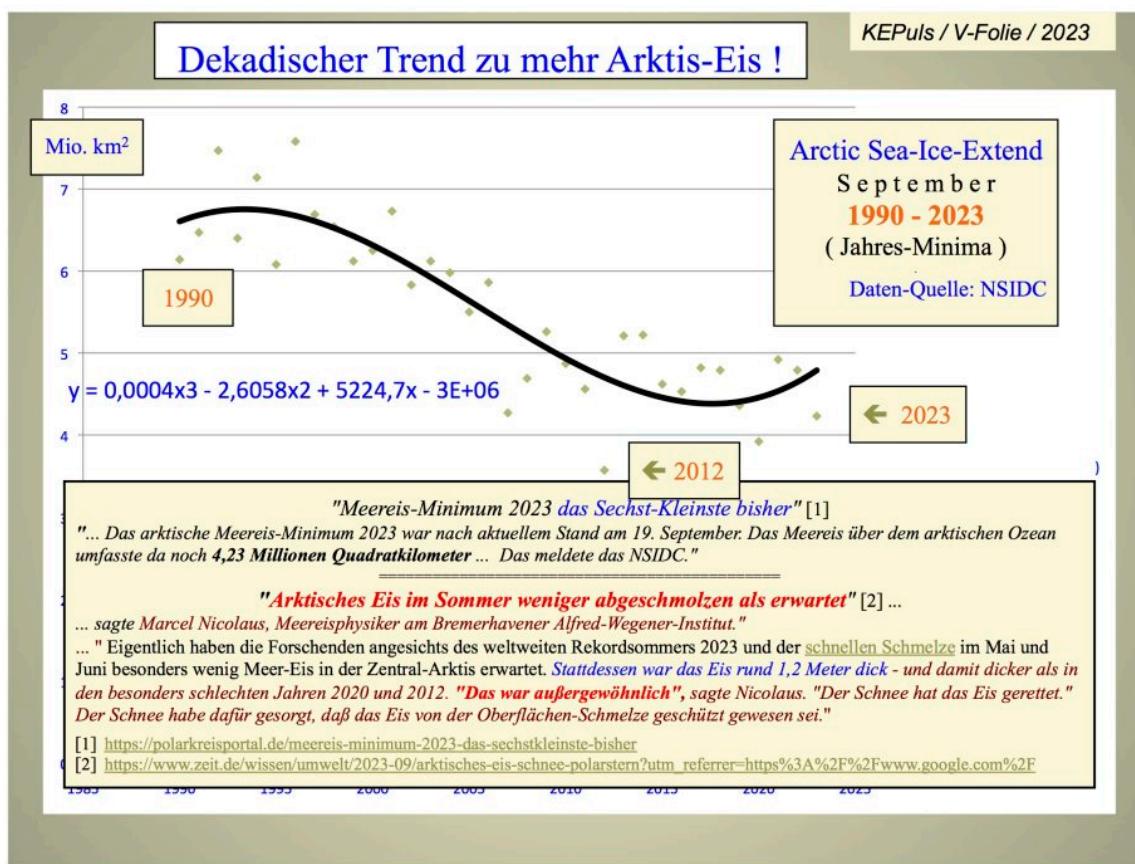
() Leipziger VolksZeitung [5] :

„*Sommer ohne Eis – Selbst bei radikalem Klimaschutz : Der Nordpol könnte schon bis 2050 ab und zu eisfrei sein*“.

() Alfred-Wegener-Institut [6] :

„*Noch vor 2050 – so zeigen aktuelle Modellrechnungen – könnte die Arktis im Sommer komplett eisfrei sein, in vereinzelten Jahren möglicherweise bereits vor 2030.*“

Und WIE sieht **heute** die Realität aus ? – **Sooooo** :



DAS wird in den Medien (z.B.) so dargestellt [7] :

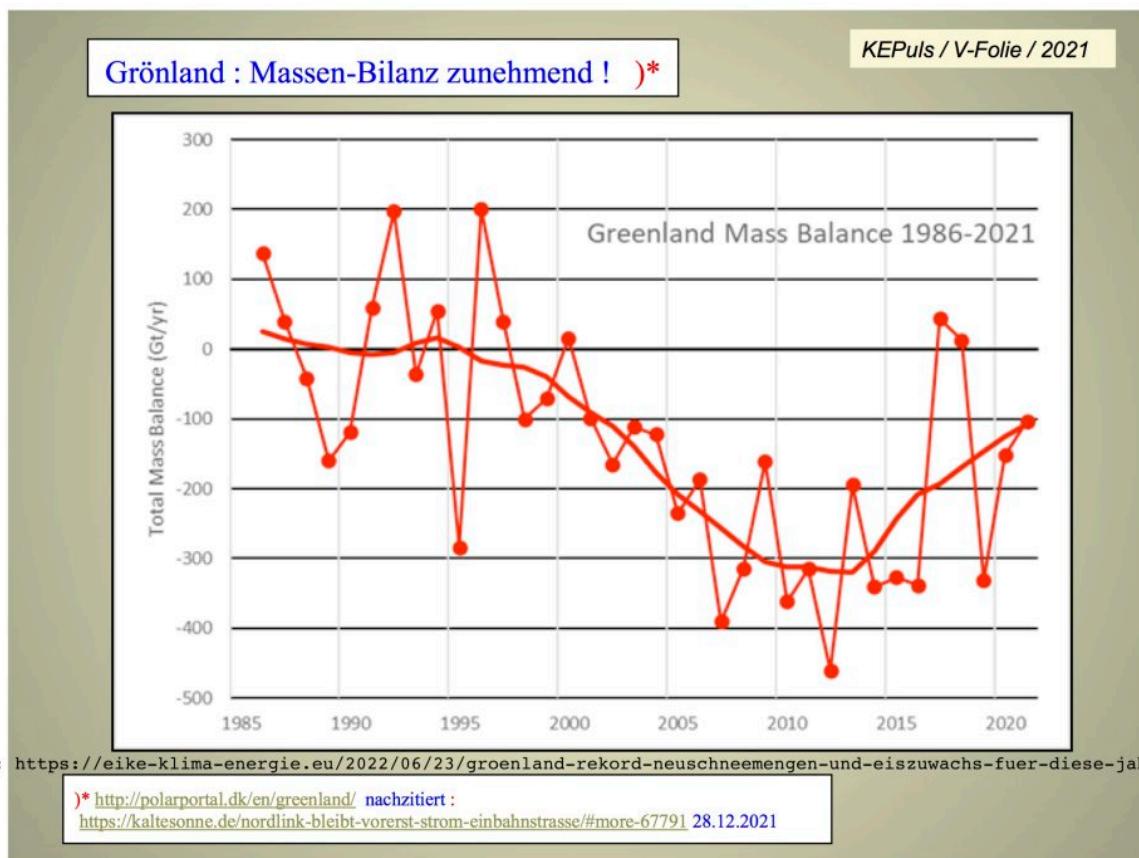
„Das arktische Meereis-Minimum 2023 war nach aktuellem Stand am 19. September. Das Meereis über dem arktischen Ozean umfaßte da noch 4,23 Millionen Quadratkilometer. Im Vergleich mit den anderen 45 Jahren seit Beginn der Satellitenmessungen ist es das **Sechstkleinste**. Das meldete ... NSIDC .“

Mit anderen Worten :

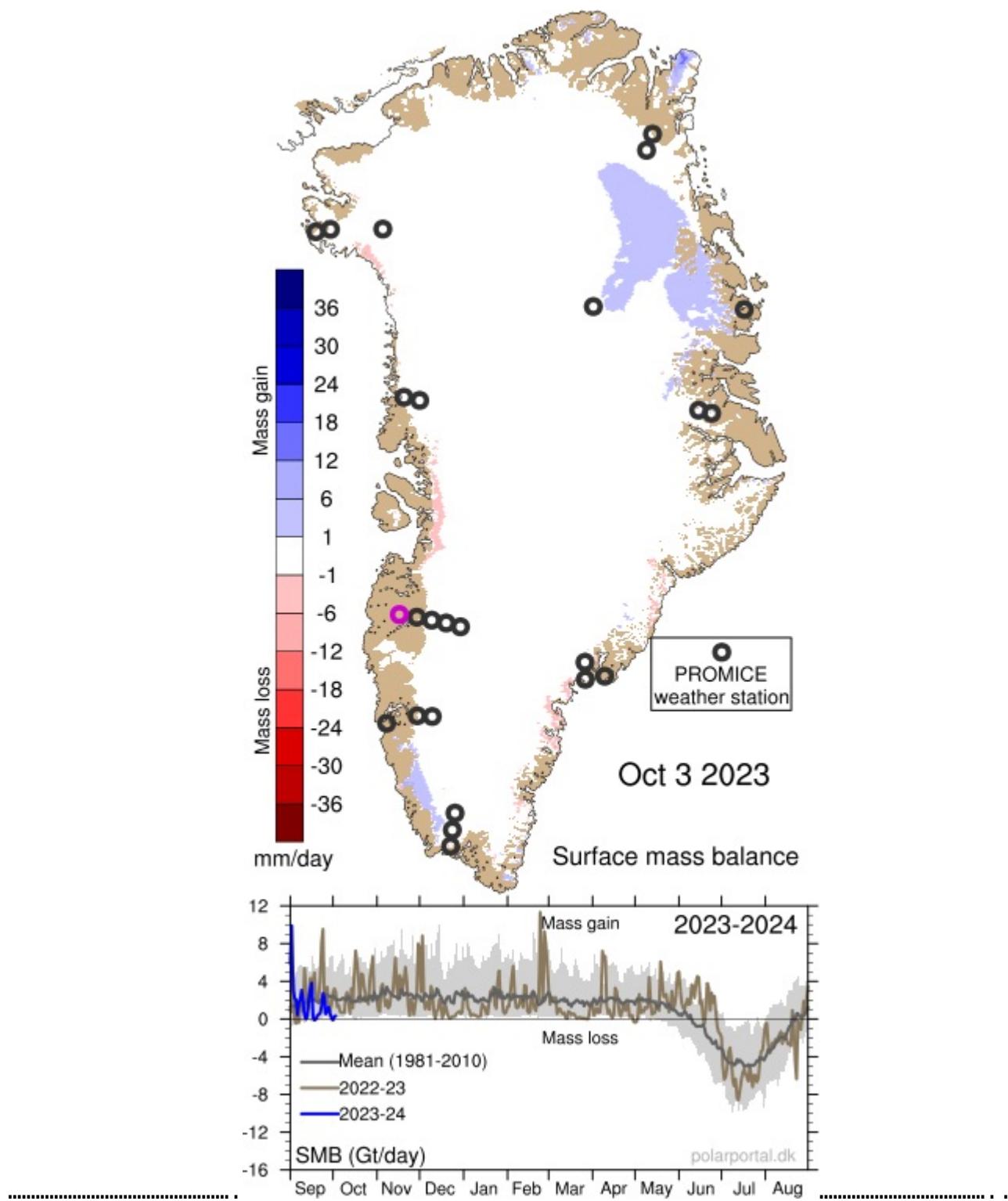
Das **absolute arktische Eis-Minimum seit Beginn der Meßreihe (1990)** war im September **2012** – liegt folglich **11 Jahre zurück**; seitdem gibt es einen signifikanten Trend zu mehr Eis !

Und auch das Grönland-Eis hat seine Schmelze seit etlichen Jahren verlangsamt,

wie das Dänische Meteorologische Institut jährlich in seinem Polar-Portal dokumentiert [8] :



In der folgenden Graphik des DMI vom 04.10.2023 ist erkennbar [9] :



Es gibt einige Areale mit **Massen-Verlusten** in den Randbereichen von Grönland – dem gegenüber insbesondere in den höheren Lagen Areale mit **Massen-Zuwachs**. In der Massen-Bilanz über die Jahre 1881-2010 (grau+schwarz) und auch 2022-2023 ist eine Zunahme erkennbar ! Lediglich in den Sommer-Monaten Juni-August gibt es den zu erwartenden sommerlichen Schmelz-Prozeß, mit anschließendem Massen-Zuwachs über die Null-Linie hinaus nach oben.

F a z i t :

Das arktische Meer-Eis und der Grönländische Eis-Schild

zeigen einen Trend zu Eis-Wachstum.

)*

– Beim Eis der Arktis unterscheidet man drei Komponenten –

(1): Das auf dem Meer schwimmende Eis („Meer-Eis“)

(2): Die Eis-Schilde auf Grönland und einigen Inseln

(3): Das Schelfeis an den Küsten von Grönland und den arktischen Inseln

DAS gilt selbstverständlich auch für die Antarktis

Quellen :

[1] DIE WELT, 13.12.2007

http://www.welt.de/wissenschaft/article1456952/Nordpol_bereits_in_fuenf_Jahren_eisfrei.html

[2] NATIONAL GEOGRAPHIK ; 12.12.2007

[3] SPON, 12.12.2007,

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,522976,00.html>

[4] BBC-NEWS; 12.12.2007 ; One Minute World-News

[5] Leipziger Volkszeitung, 28. April 2020

[6] AWI-Pressemitteilung v. 02.02.2022;

<https://www.awi.de/ueber-uns/service/presse/presse-detailansicht/arktischer-ozean-im-wandel.html>

[7] <https://polarkreisportal.de/meereis-minimum-2023-das-sechstkleinste-bisher>

[8]

<https://archiv.klimanachrichten.de/nordlink-bleibt-vorerst-strom-einbahnstrasse/#more-67791>

[9] <http://polarportal.dk/en/greenland/surface-conditions/>

Drogen- und Energiepolitik in Kolumbien

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 7. Dezember 2023

=====

Dagmar Jestrzemski

Kolumbiens weitere Entwicklung erscheint wieder ungewiss – sicher ist derzeit nur der Bau vieler verhasster Windparks auf dem Land der Wayuu-Indianer

=====

Kolumbiens neue linksgerichtete Regierung unter Präsident Gustavo Petro hat sich dem Kampf für soziale Gerechtigkeit, Frieden und dem Kampf gegen den Klimawandel verschrieben. Beim Schutz des Amazonas will das Land eine Vorreiterrolle übernehmen. „Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keinen sozialen Frieden“, sagte Petro am 22. Oktober 2022 vor der UNO-Vollversammlung. Den Frieden in seinem Land sieht er untrennbar verknüpft mit dem Kokain. Durch die Verdammung des Koka, die heilige Pflanze der Inka, werde die Gewalt im Regenwald angeheizt, erklärte er. Schuld am weltweiten Drogenkonsum seien nicht die Kokabauern im Amazonasgebiet, sondern es sei die Lebensweise der Menschen in den reichen Industrienationen, die nach Rohstoffen, Soja für die Fleischproduktion und Drogen für die Bewältigung von Leere und Einsamkeit riefen. Hierin liege die Ursache für die Abholzung des Regenwaldes. Er forderte die Weltgemeinschaft auf, den „heuchlerischen Kampf gegen die Drogen“ zu beenden.

In den Medien Kolumbiens ist das Schlagwort „ökologische Transformation“ jetzt allgegenwärtig. Auf der Agenda der Regierung steht neben einem stark forcieren Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien die Förderung lokaler Entwicklungsprozesse. Sozial benachteiligte und vom internen bewaffneten Konflikt besonders betroffene Bevölkerungsgruppen,

vor allem indigene und afrokolumbianische Fischer und Kleinbauern, sollen besonders unterstützt werden. Eigentlich. Doch bedeutet die Preisgabe des indigenen Volkes der Wayúu im Norden Kolumbiens zur Erfüllung der „Klimaziele“ des Landes erneut einen Verrat ausgerechnet an den Schwächsten der Bevölkerung. Die Wayúu leben verstreut in kleinen Gemeinschaften auf der windreichen Halbinsel La Guajira an der Karibikküste Kolumbiens. Es ist der nördlichste Punkt des südamerikanischen Festlands. Ein schmaler Streifen im Süden gehört zu Venezuela. La Guajira im gleichnamigen Departamento wurde bereits von der Vorgängerregierung dazu ausersehen, das „Epizentrum der Energietransformation“ Kolumbiens zu werden, obwohl sich hier ein Hotspot des Drogenhandels nach Venezuela und in die Karibik befindet. Der im Juni 2022 gewählte Präsident Petro hatte sich im Wahlkampf an die Spitze der Energiewende-Propaganda gestellt. Er versprach, Kolumbien nach seiner Wahl von der „extraktiven“, auf fossilen Energien basierenden Wirtschaft auf „erneuerbare Energien“ umzustellen. Unter seiner Regierung wurde die Anzahl der für La Guajira vorgesehenen Windpark-Projekte stark aufgestockt, ungeachtet der damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen, ökologischen Katastrophen und mikroklimatischen Veränderungen. Das britische Internetportal „openDemocracy“ bezeichnet das Vorgehen der Energieunternehmen im Einklang mit der Regierung als Umweltrassismus reinsten Wassers.

In der kargen und trockenen, teils wüstenähnlichen Landschaft von La Guajira leben die Wayúu in äußerster Armut von der Landwirtschaft und vom Kunsthandwerk. Das Trinkwasser ist knapp und kostbar. Weiter südlich bei Barrancas im Reservat Provincial sind die Gemeinden der Wayúu und Afrokolombianer von den Auswirkungen des riesigen Steinkohletagebaus betroffen, den das Bergbauunternehmens Cerrejón seit 30 Jahren betreibt. Lärm durch den Kohleabbau, Feinstaubemissionen und ein hoher Quecksilbergehalt haben schwerwiegende Folgen für die Gesundheit der Menschen und für die Umwelt, insbesondere der Kinder. Im Zuge des geplanten massiven Windkraft-Ausbaus werden die Wayúu erneut Opfer rücksichtsloser Energiekonzerne. Am Cabo de la Vela im Nordwesten der Guajira-Halbinsel begann Ende 2021 der Bau des Windparks Guajira 1 des staatlichen Energiekonzerns Isagene direkt neben dem 2004 errichteten Jepírachi-Windpark des Konzerns Empresas Públicas de Medellín (EPM). An den Türmen der ausgedienten Windräder klebt noch das ausgelaufene schwarze Öl. Die Windräder lieferte der Anlagenbauer Vestas.

Statt der ursprünglich geplanten 16 Windparks in La Guajira bis 2030 plant die neue Regierung den Bau von 31 Windparks schon in den nächsten drei Jahren. Bis 2034 sollen 40 Windparks mit

einer Leistung von mehr als 8000 MW errichtet sein, was mehr als 40 Prozent der jetzt in Kolumbien installierten Kapazität entspräche. Die Landschaft wird sich aller Voraussicht nach schon in den kommenden Jahren durch Windräder, so weit das Auge reicht, verändert haben. Touristen, die ein wenig zum Einkommen der Wayúu beigetragen haben, werden ausbleiben. Einige Verträge mit indigenen Gemeinschaften sollen bereits geschlossen sein, was nicht anders als mit Hilfe der Verlockungen des Geldes denkbar ist.

Die angestammten Siedlungsgebiete der Wayúu sind wesentlich mit ihrer Identität verknüpft. Ihre Territorien sind per Gesetzeslage „unveränderlich und unveräußerlich“ und können auch nicht verpachtet werden. Die Projektentwickler der Windparks müssen sich zudem mit den spirituellen Traditionen der Wayúu auseinandersetzen. Der Wind und das Land mit den Gräbern ihrer Ahnen sind für sie von existenzieller Bedeutung. Sie glauben an die Rache der Ahnen für die Zerstörung ihrer Gräber. Es geht für die Wayúu und andere indigene Gruppen aber um mehr als um die Verluste der Traditionen. Wenn die Ökosysteme ihrer Siedlungsgebiete durch die Windräder geschädigt werden und der Regen aufgrund der veränderten Windverhältnisse wegen der Windparks ausbleibt, was zu erwarten ist, wäre die Auslöschung dieser Volksgruppen in La Guajira besiegelt.

Kenner des Landes bezeichnen das Grenzgebiet zu Venezuela und die Küstenregion wegen der dort operierenden kriminellen Banden als rechtsfreien Raum. Bei seinem Amtsantritt im Juni 2022 hatte der Ex-Guerillero Petro angekündigt, den Dialog mit allen bewaffneten Gruppen zu suchen und das Land zu befrieden. Die Vernichtung von Kokafeldern wurde eingestellt. Doch die rivalisierenden neuen und alten Guerrilla- und paramilitärischen Gruppen gehören zur Drogenmafia, die sich reorganisiert hat. Noch nie wurden in Kolumbien so viele Drogen produziert wie gegenwärtig. Darunter leidet die ländliche Bevölkerung, während die Akteure der Windenergie zunehmend einem Sicherheitsrisiko ausgesetzt sind.

Im Frühjahr dieses Jahres wurde der Präsidentensohn Nicolás Petro verhaftet. Ihm werden Geldwäsche und persönliche Bereicherung an den Wahlkampfspenden seines Vaters vorgeworfen. Laut seiner Aussage ist Gustavo Petros Wahlkampf teilweise mit Geld der Drogenmafia und eines umstrittenen Unternehmers finanziert worden. Während des Wahlkampfs hatte Petro die Korruption der rechten Eliten des Landes angeprangert. Ein Jahr nach seinem Amtsantritt ist seine Glaubwürdigkeit durch diese

und voran gegangene politische Affären bereits beschädigt. Während zurzeit ein Waffenstillstand des Staates mit der ELN-Guerilla eingeleitet wird, könnte es zur Anklage des Präsidenten kommen. Die möglichen Konsequenzen wären gravierend. Die von in- und ausländischen Medien gepriesene „ökologische Transformation“ Kolumbiens in eine sogenannte „klimaneutrale Zukunft“ könnte ins Stocken geraten. Investoren aus dem Ausland könnten sich zurückziehen.

Möglicherweise ist der Rückzug von Italiens größtem Energieversorger Enel schon der Auftakt dieser Entwicklung. Im Mai hat Enel den Bau eines Windparks auf der Halbinsel La Guajira an der Grenze zu Venezuela aufgrund des anhaltenden Widerstands zweier Wayúu-Gemeinden auf unbestimmter Zeit ausgesetzt. Vorgesehen war, 1.001 Gigawattstunden (GWh) Strom jährlich für die Versorgung von 500.000 Haushalten zu produzieren. Fast zeitgleich bestellte der kolumbianische Stromversorger Cesia Colombia 63 Windräder für drei Projekte beim deutschen Windkraftbauer Nordex. Das Unternehmen hat schon in Mexiko bewiesen, dass es die Konfrontation mit indigenen Einwohnern nicht scheut.

Aufgrund der sich abzeichnenden Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Windparkprojekte schaltete sich Ende Dezember 2022 das Stockholm Environment Institute (SEI) mit einem weitschweifigen Artikel ein. Darin wird der „viel beachtete Transformationsprozess“ gelobt, in dem sich Kolumbien befindet. Zugleich wird Verständnis für die Traditionen der Ureinwohner geäußert. Die Lobbyorganisation bezeichnet sich als internationales Forschungsinstitut für Umweltfragen, das „Analysen für Entscheidungsträger“ erstellt. Im vorliegenden Fall wird den Vorhabenträgern geraten, die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor zu suchen, der im Gegensatz zum öffentlichen Sektor „über Wissen, Erfahrung und Präsenz vor Ort verfüge“ – und sich mit Korruption gut auskennt (?). Ferner werden weiche Maßnahmen vorgeschlagen, um den Bau der Windparks durchzusetzen. Wichtig sei es, Kontakt zu den zahlreichen Autoritäten der Gemeinschaften aufzunehmen. Zwischen den Zeilen steht die Botschaft, dass Menschen bestechlich sind, wenn man ihnen im persönlichen Gespräch ein gutes Angebot macht.

SEI wurde im Oktober 1989 von der schwedischen Regierung gegründet, um nach eigener Darstellung „die Entscheidungsfindung zugunsten eines Umbaus zu einer nachhaltigen Entwicklung weltweit“ zu fördern sowie „Politik und Wissenschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zusammenbringen“. Um die Gehälter der 140 Mitarbeiter zu bezahlen, sind Großspenden

privater Interessenten mutmaßlich aus den USA wie in ähnlich gelagerten Fällen unerlässlich. Darüber ist jedoch nichts bekannt. Die Höhe der staatlichen Zuwendungen an SEI veröffentlichte das Internetportal „dailysceptic“. Danach wurden 2020 aus Schweden rund 11 Millionen Pfund, aus Norwegen 1,5 Millionen und aus Großbritannien 326.000 Pfund an SEI überwiesen. SEI-Direktor Lennart Bage, ehemals Co-Chair des U.N.Green Climate Fund (GCF), erklärte 2019, er würde jährlich 100 Milliarden Dollar benötigen, um die „Geldverschwendungen“ des grünen Sektors („green boondoggles“) in aller Welt zu finanzieren. Laut dem Oxford Dictionary of American Political Slang bedeutet „boondoggle“ „teures, nutzloses Projekt“. Damit hat der notorische Geldverschwender durchblicken lassen, dass er die Profiteure der Industrien mit der Falschbezeichnung „grüne Technologien“ großzügig unterstützt. Industrien, die Gier, Gewalt und Ungerechtigkeit schüren und, was immer noch nicht zum Allgemeinwissen gehört, mit ihren unzähligen raumgreifenden Wind- und Solarstromfabriken das Wetter lokal bis regional verändern.